

Protokoll
über die 118. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am
20.03.2018

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:55 Uhr

Ort: Multifunktionsraum; E 070; Stadthaus; Am Packhof 2-6; 19053 Schwerin

Anwesenheit

Vorsitzender

Badenschier, Rico, Dr. Oberbürgermeister

ordentliche Mitglieder

Böttger, Gerd	entsandt durch Fraktion DIE LINKE	
Brauer, Hagen, Dr.	entsandt durch AfD-Fraktion	bis TOP 7.1
Ehlers, Sebastian	entsandt durch CDU-Fraktion	
Janew, Marleen	entsandt durch Fraktion DIE LINKE	
Meslien, Daniel	entsandt durch SPD-Fraktion	
Nagel, Cornelia	entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
Rudolf, Gert	entsandt durch CDU-Fraktion	

stellvertretende Mitglieder

Brill, Peter	entsandt durch Fraktion DIE LINKE	bis TOP 4.5
Hoppe, Eberhard	entsandt durch SPD-Fraktion	
Klein, Ralf	entsandt durch CDU-Fraktion	
Strauß, Manfred	entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger	

Verwaltung

Czerwonka, Frank
Dankert, Matthias
Diessner, Barbara
Gabriel, Manuela
Jäger, Stefan
Kretzschmar, Dirk
Lenschow, Susanne
Meyer-Kohlstock, Daniel, Dr.
Nottebaum, Bernd
Peske, Marcus

Rath, Torsten
Riemer, Daniel
Ruhl, Andreas
Thiele, Andreas

Gäste

Berner, Karl
Ebel, Henning
Dr. Fischer, Jürgen
Görs, Wolfram
Kirchhof, Hilmar
Schmidt, Stefan
Schulz, Karl
Sembritzki, Frank-Peter

Fraktionsgeschäftsführer

Kowalk, Peter
Meinhardt, Cindy
Schwichtenberg, Anja
Zischke, Thomas

Leitung: Dr. Rico Badenschier

Schriftführer: Simone Timper

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschriften
 - 2.1. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 116. Sitzung vom 06.03.2018 (öffentlicher Teil)
 - 2.2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 117. Sitzung vom 12.03.2018 (Sondersitzung - öffentlicher Teil)

- 3. Wiedervorlage/n
 - 3.1. Konzept zur Sicherstellung der Hilfe in psychosozialen Notlagen (psychosozialer Krisendienst)
Vorlage: 01263/2017
 - 3.2. Richtlinie der Landeshauptstadt Schwerin zur Bestimmung der Bedarfe nach § 22 SGB II (Bedarfe für Unterkunft und Heizung)/ §§ 35 SGB XII (Unterkunft und Heizung) und 36 SGB XII (Sonstige Hilfen zur Sicherung der Unterkunft) ab 01.01.2018
Vorlage: 01311/2018
 - 3.3. Landschaftsschutzgebietsverordnung "Göhrener Tannen Nord"
Vorlage: 01154/2017
 - 3.4. Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 90.14/1 "Ratzeburger Straße / Greifswalder Straße"
Aufhebungsbeschluss
Vorlage: 01198/2017
- 4. Vorlage/n
 - 4.1. Nachtragshaushaltssatzung 2018
Vorlage: 01361/2018
 - 4.2. Gewährung von Zuwendungen Kunst und Kultur
Vorlage: 01351/2018
 - 4.3. Gewährung von Zuwendungen für das Jahr 2018
Vorlage: 01358/2018
 - 4.4. Zuwendung für die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle für 2018
Vorlage: 01359/2018
 - 4.5. Kleingartenentwicklungskonzept für die Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 01079/2017

- 5. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung
 - 5.1. Verkehrssituation in der Weststadt verbessern
Antragstellerin: CDU-Fraktion
Vorlage: 01277/2017
 - 5.2. Sozialpädagogische Begleitung der Kindertafeln sichern
Antragstellerin: CDU-Fraktion
Änderungsantrag SPD-Fraktion
Vorlage: 01319/2018
 - 5.3. Änderung der Schülerbeförderungssatzung und der Umsetzungsrichtlinie für Leistungen aus dem BuT-Paket
Antragstellerin: Fraktion DIE LINKE
Vorlage: 01326/2018
 - 5.4. Schlechterstellung von BuT-Berechtigten durch Schülerbeförderungssatzung
Antragstellerin: Fraktion DIE LINKE
Vorlage: 01327/2018
 - 5.5. Zusätzlicher Weihnachtsmarkt auf dem Berliner Platz
Antragsteller: Mitglieder der Stadtvertretung (AfD) Petra Federau, Dirk Lerche, Dr. Hagen Brauer
Vorlage: 01385/2018
 - 5.6. Familienjahreskarte für den Zoo
Antragstellerin: Fraktion DIE LINKE
Vorlage: 01372/2018
 - 5.7. Einrichtung kommunaler Ökokontoflächen für die Landeshauptstadt Schwerin
Antragstellerin: SPD-Fraktion
Vorlage: 01370/2018
- 6. Fördermittelanträge der Landeshauptstadt Schwerin
- 7. Sonstiges
 - 7.1. Lärmaktionsplanung 2018

7.2. Einzelprobleme

- 10.3. Feststellung des Jahresabschlusses 2013 der Landeshauptstadt Schwerin
und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: 01352/2018

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit
und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Rico Badenschier eröffnet die 118. Sitzung des Hauptausschusses, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Hauptausschusses, der Verwaltung und die Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung des Hauptausschusses sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird bestätigt.

- zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschriften**

- zu 2.1 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 116. Sitzung vom 06.03.2018
(öffentlicher Teil)**

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift der 116. Sitzung des Hauptausschusses vom 06.03.2018, öffentlicher Teil - TOP 1 bis 7, wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

**zu 2.2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 117. Sitzung vom 12.03.2018
(Sondersitzung - öffentlicher Teil)**

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift der 117. Sitzung des Hauptausschusses vom 12.03.2018, Sondersitzung- öffentlicher Teil - TOP 1 bis 3, wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

zu 3 Wiedervorlage/n

**zu 3.1 Konzept zur Sicherstellung der Hilfe in psychosozialen Notlagen
(psychosozialer Krisendienst)
Vorlage: 01263/2017**

Bemerkungen:

1.)

Der Ausschuss für Kultur, Gesundheit und Bürgerservice hat der Beschlussvorlage am 27.02.2018 mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung zugestimmt.

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales hat der Beschlussvorlage am 08.03.2018 einstimmig mit folgender Ergänzung zugestimmt:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das vorgelegte Konzept zur Sicherung der Hilfe in psychosozialen Notlagen (psychosozialen Krisendienst) umzusetzen.
Im Rahmen der Umsetzung ist ab dem Haushaltsjahr 2019 eine entsprechende Stelle beim Sozialpsychiatrischen Dienst auszuweisen.“

2.)

Der Oberbürgermeister beantragt die Vertagung der Beschlussvorlage.
Die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle beim Sozialpsychiatrischen Dienst muss finanziell untersetzt und geprüft werden.

Beschluss:

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt in der Sitzung am 03.04.2018.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 23.04.2018 vorgesehen.

zu 3.2 **Richtlinie der Landeshauptstadt Schwerin zur Bestimmung der Bedarfe nach § 22 SGB II (Bedarfe für Unterkunft und Heizung)/ §§ 35 SGB XII (Unterkunft und Heizung) und 36 SGB XII (Sonstige Hilfen zur Sicherung der Unterkunft) ab 01.01.2018**
Vorlage: 01311/2018

Bemerkungen:

1.)

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales hat der Beschlussvorlage am 08.03.2018 einstimmig mit folgenden Änderungen zugestimmt:

Zu 1. Einleitung

Anstelle „Grenzwerte“ sollte „Orientierungsbeträge“ verwendet werden.

Zu 2.2. und Anlage 2)

Der in Anlage 2 zu Pkt. 2.2. Satz 1 des Entwurfes dargestellte so genannte gewichtete Mittelwert von 5,06 €/qm wird ersetzt durch folgende Formulierung: Aufbauend auf den Mietspiegel der Landeshauptstadt Schwerin 2018/19, beschlossen am 22.11.2017, wird eine angemessene Miete i.S. dieser Richtlinie angenommen, soweit die jeweilig zu zahlende Nettomiete den Mittelwert der Mieten in den Tabellenbereichen **1 B (bis 15 Punkte), 2 B, 3 und 4 A** nicht überschreitet.

Zu 3.1. Kosten für Heizung und zentrale Warmwasserversorgung

Generell ist der Kostenbetrag für die Angemessenheitsgrenze auf zwei Kommastellen festzulegen. Die Spalten 2 und 4 werden neu berechnet, in dem dort 72 % der Kosten aus Spalten 1 bzw. 3 eingesetzt werden.

Zu 13. Mitgliedschaft in Mietervereinen

Abs. 1 soll wie folgt lauten:

In den Fällen eines mietrechtlichen Beratungsbedarfes (z.B. *Kündigung des Wohnraums, Mieterhöhungen nach der ortsüblichen Miete oder bei Modernisierungen, Mietminderungen, Betriebs- und Heizkostenabrechnungen, Kosten der Renovierung bei Auszug*) können die Mitgliedschaftskosten in einem Mieterverein übernommen werden.

Abs. 3 muss entfallen, da er keinen Sinn macht.

2.)

Der Ausschuss für Finanzen hat die Beschlussvorlage am 22.02.2018 zur Kenntnis genommen.

In der Sitzung am 15.03.2018 hat der Ausschuss für Finanzen erneut zur Beschlussvorlage beraten und sich den Empfehlungen des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales mit folgender Änderung angeschlossen:

Die Beschlussempfehlung aus dem Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales wird als Prüfantrag formuliert. Das Prüfergebnis soll im Mai 2018 vorgelegt werden.

3.)

Nach eingehender Diskussion im Hauptausschuss beantragt Herr Brill Rederecht für Herrn Dr. Jürgen Fischer vom Mieterbund Schwerin e.V..

Der Hauptausschuss stimmt dem Rederecht einstimmig zu.

Herr Dr. Fischer erläutert die Änderungen aus dem Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales und bittet die Verwaltung diese intensiv und gründlich zu prüfen. Auch müssen die Kosten für Heizung und Wasser überprüft werden. Die neue Richtlinie sollte bis dahin nicht in Kraft treten.

4.)

Der Oberbürgermeister schlägt folgendes Verfahren vor:

- Die Änderungen aus den Fachausschüssen werden durch die Verwaltung geprüft und bewertet.
- Es wird eine formale Anfrage an das zuständige Ministerium erfolgen.
- Die bisher gültige KdU-Richtlinie bleibt bis auf weiteres in Kraft.
- Die Auswirkungen auf den Haushalt werden geprüft.
- Erste Prüfergebnisse werden dem Hauptausschuss am 17.04.2018 vorgelegt.

Gegen den Verfahrensvorschlag des Oberbürgermeisters wird kein Widerspruch erhoben.

Beschluss:

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt in der Sitzung am 17.04.2018.

zu 3.3 Landschaftsschutzgebietsverordnung "Göhrener Tannen Nord" Vorlage: 01154/2017

Bemerkungen:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr hat der Beschlussvorlage am 01.03.2018 einstimmig zugestimmt.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Liegenschaften hat der Beschlussvorlage am 01.03.2018 einstimmig zugestimmt.

Der Ausschuss für Umwelt, Gefahrenabwehr und Ordnung hat die Beschlussvorlage am 08.03.2018 zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

Der Abschluss und das Ergebnis des öffentlichen Verfahrens (TÖB-Beteiligung und öffentliche Auslegung) zur Neuausweisung des Landschaftsschutzgebietes wird zur Kenntnis genommen.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 23.04.2018 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnis genommen

- zu 3.4 **Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 90.14/1 "Ratzeburger Straße / Greifswalder Straße"**
Aufhebungsbeschluss
Vorlage: 01198/2017

Bemerkungen:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr hat der Beschlussvorlage am 01.03.2018 einstimmig zugestimmt.

Der Ausschuss für Umwelt, Gefahrenabwehr und Ordnung hat der Beschlussvorlage am 08.03.2018 einstimmig zugestimmt.

Der Ortsbeirat Lankow hat der Beschlussvorlage am 13.02.2018 einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt den förmlichen Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan der Innentwicklung Nr. 90.14/1 „Ratzeburger Straße / Greifswalder Straße“ aufzuheben und das Bauleitplanverfahren nicht weiter zu verfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Beschlusnummer:

0118/HA/0834/2018

- zu 4 **Vorlage/n**

- zu 4.1 **Nachtragshaushaltssatzung 2018**
Vorlage: 01361/2018

Bemerkungen:

Der Oberbürgermeister erläutert die Beschlussvorlage und beantwortet die Nachfragen der Mitglieder des Hauptausschusses.

Herr Meslien fragt nach auf welcher Basis der Neubau der 3Feld Halle in der Weststadt erfolgt. In der Sportentwicklungsplanung ist dieser Neubau nicht zu

finden.

Die Anfrage wird aufgenommen und in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales beantwortet.

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist die Beschlussvorlage in den Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr; in den Ausschuss für Finanzen; in den Ausschuss für Kultur, Gesundheit und Bürgerservice sowie in den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zur Vorberatung.

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt mit den Beratungsergebnissen in einer Sondersitzung am 23.04.2018.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 23.04.2018 vorgesehen.

**zu 4.2 Gewährung von Zuwendungen Kunst und Kultur
Vorlage: 01351/2018**

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist die Beschlussvorlage in den Ausschuss für Kultur, Gesundheit und Bürgerservice zur Vorberatung.

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt mit dem Beratungsergebnis am 17.04.2018.

**zu 4.3 Gewährung von Zuwendungen für das Jahr 2018
Vorlage: 01358/2018**

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist die Beschlussvorlage in den Ausschuss für Finanzen sowie in den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zur Vorberatung.

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt mit den Beratungsergebnissen am 08.05.2018.

**zu 4.4 Zuwendung für die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle für 2018
Vorlage: 01359/2018**

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist die Beschlussvorlage in den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales sowie in den Ausschuss für Finanzen zur

Vorberatung.

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt mit den Beratungsergebnissen in einer Sondersitzung am 23.04.2018.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 23.04.2018 vorgesehen.

**zu 4.5 Kleingartenentwicklungskonzept für die Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 01079/2017**

Bemerkungen:

Herr Nottebaum informiert auf Nachfrage von Herrn Strauß, dass sich der Kleingartenbeirat in seiner Sitzung am 28.03.2018 mit der Beschlussvorlage beschäftigt.

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist die Beschlussvorlage in den Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr; in den Ausschuss für Finanzen; in den Ausschuss für Umwelt, Gefahrenabwehr und Ordnung; in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Liegenschaften zur Vorberatung; in die Ortsbeiräte Friedrichsthal; Gartenstadt, Ostorf; Görries; Krebsförden; Lankow; Mueß; Neu Zippendorf; Neumühle, Sacktannen; Schelfstadt, Werdervorstadt, Schelfwerder; Warnitz; Weststadt; Wickendorf, Medewege; Wüstmark, Göhrener Tannen sowie in den Seniorenbeirat mit der Bitte um Stellungnahme.

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt mit den Beratungsergebnissen am 08.05.2018.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 18.06.2018 vorgesehen.

zu 5 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung

**zu 5.1 Verkehrssituation in der Weststadt verbessern
Antragstellerin: CDU-Fraktion
Vorlage: 01277/2017**

Bemerkungen:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr hat dem Antrag am 01.03.2018 einstimmig bei einer Stimmenthaltung zugestimmt.

Der Ortsbeirat Weststadt hat dem Antrag am 22.02.2018 einstimmig bei einer

Stimmenthaltung zugestimmt.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Vorfeld der Planung für den Neubau der Grundschule John-Brinckmann und einer Regionalschule, die Verkehrssituation in der Weststadt zu analysieren und Vorschläge zur Verbesserung des Verkehrsflusses zu unterbreiten. Die betroffenen Schulen, der Ortsbeirat und der Fachausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr sind in die Planungen einzubeziehen.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 23.04.2018 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Beschlusnummer:

0118/HA/0835/2018

zu 5.2 Sozialpädagogische Begleitung der Kindertafeln sichern
Antragstellerin: CDU-Fraktion
Änderungsantrag SPD-Fraktion
Vorlage: 01319/2018

Bemerkungen:

1.)

Der Antrag wurde im Jugendhilfeausschuss am 07.03.2018 durch den Vertreter der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.

Folgender Beschluss wurde jedoch einstimmig bei einer Stimmenthaltung gefasst:

„Der Jugendhilfeausschuss beschließt die sozialpädagogische Begleitung der Kindertafel, im Finanzhaushalt 2019-2020 einzustellen.“

Im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 08.03.2018 wurde der Antrag durch den Vertreter der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.

Im Ausschuss für Finanzen am 15.03.2018 wurde der Antrag durch den Vertreter der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.

2.)

Herr Ehlers, Fraktionsvorsitzender der Antrag stellenden Fraktion, erklärt dass der Antrag nicht zurückgezogen ist und weiterhin Bestand hat.

Die Formulierung aus dem Jugendhilfeausschuss wird jedoch übernommen.

Die sozialpädagogische Begleitung soll für alle Kindertafeln in der Landeshauptstadt Schwerin realisiert werden.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende geänderte Beschlussfassung:

Die Stadtvertretung beschließt die sozialpädagogische Begleitung der Kindertafeln, im Finanzhaushalt 2019-2020 einzustellen.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 23.04.2018 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Beschlusnummer:

0118/HA/0836/2018

zu 5.3 Änderung der Schülerbeförderungssatzung und der Umsetzungsrichtlinie für Leistungen aus dem BuT-Paket
Antragstellerin: Fraktion DIE LINKE
Vorlage: 01326/2018

Bemerkungen:

1.)

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales hat dem Antrag am 08.03.2018 einstimmig mit folgender Ergänzung zugestimmt.

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die "Satzung der Landeshauptstadt Schwerin über die Schülerbeförderung und die Erstattung von notwendigen Aufwendungen" und die Richtlinie zur Umsetzung für die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket dahingehend zu ändern, dass gemäß § 113 Schulgesetz die Mindestentfernungen zwischen Wohn- und Schulstandort zur Übernahme der Fahrtkosten, auf folgende Werte geändert werden:

Schülerinnen und Schüler bis zur Klassenstufe 6: 1 km Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 7: 2 km

Der geänderte Entwurf ist dementsprechend im zweiten Schulhalbjahr in den Schulkonferenzen der öffentlichen Schweriner Schulen und in der Elternvertretung zu diskutieren. Die Beteiligung sollte zeitnah begonnen und so durchgeführt werden, dass eine Beschlussfassung der geänderten Satzung zum 18. Juni 2018 in der Stadtvertretung erfolgen kann. Die Satzungsänderungen sollen zum 1.8.2018 in Kraft treten.

Im Falle einer Satzungsänderung werden die analogen Werte auch für die maßgeblichen Bestimmungen im BuT übernommen.“

2.)

Herr Ruhl informiert, dass das zuständige Ministerium die Änderungen ablehnt. Eine schriftliche Stellungnahme aus dem Ministerium liegt jedoch noch nicht vor.

Die Stellungnahme des Stadtelterrates der Landeshauptstadt Schwerin liegt noch nicht vor. Diese wird abgewartet.

Der Antrag wird nachträglich in den Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung verwiesen.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag zurück.

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag nachträglich in den Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung.

Die Stellungnahme des Stadtelterrates sowie die schriftliche Stellungnahme des zuständigen Ministeriums werden abgewartet.

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt mit den Beratungsergebnissen in einer Sondersitzung am 23.04.2018.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 23.04.2018 vorgesehen.

**zu 5.4 Schlechterstellung von BuT-Berechtigten durch
Schülerbeförderungssatzung
Antragstellerin: Fraktion DIE LINKE
Vorlage: 01327/2018**

Bemerkungen:

1.)

Es liegt eine Änderungsmitteilung der Antrag stellenden Fraktion vom 08.03.2018 vor.

2.)

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales hat der Änderungsmitteilung am 08.03.2018 einstimmig mit folgender Ergänzung zugestimmt:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **im Einvernehmen mit der Geschäftsführung des Nahverkehrs Schwerin die Grundlage dafür zu schaffen, dass** zum Fahrplanwechsel diesen Jahres:

1. einen Monatskarten-Sozialtarif im Ausbildungsverkehr für Inhaber der Bildungskarte zum Preis von 21,30 € einzuführen.

2. die Möglichkeit zu schaffen, dass Inhaber des kostenlosen Sonderfahrausweises für die Schülerbeförderung an den Fahrkartenautomaten des NVS die Bezahlung des Differenzbetrages (17,30 € bei der Monatskarte) zur vollwertigen Zeitfahrkarte im Ausbildungsverkehr direkt an den NVS zahlen und damit den Sonderfahrausweis zu einer vollwertigen Zeitfahrkarte im Ausbildungsverkehr aufwerten können.

3.)

Die Stellungnahme des Städtelternrates der Landeshauptstadt Schwerin liegt noch nicht vor; diese wird abgewartet.

Herr Schmidt beantragt die nachträgliche Verweisung in den Ausschuss für Finanzen.

Der Oberbürgermeister informiert, dass es Gespräche mit dem Nahverkehr gegeben hat. Der Nahverkehr ist finanziell nicht in der Lage die zusätzlichen Kosten zu übernehmen.

Die Landeshauptstadt Schwerin muss die zusätzliche finanzielle Leistung aufbringen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag nachträglich in den Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung.

Die Stellungnahme des Städtelternrates wird abgewartet.

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt mit den Beratungsergebnissen in einer Sondersitzung am 23.04.2018.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 23.04.2018 vorgesehen.

zu 5.5

Zusätzlicher Weihnachtsmarkt auf dem Berliner Platz

Antragsteller: Mitglieder der Stadtvertretung (AfD) Petra Federau, Dirk

Lerche, Dr. Hagen Brauer

Vorlage: 01385/2018

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Liegenschaften; in den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales; in den Ausschuss für Umwelt, Gefahrenabwehr und Ordnung; in den Ausschuss für Kultur, Gesundheit und Bürgerservice zur Vorberatung sowie in die Ortsbeiräte Neu Zippendorf; Großer Dreesch und Mueßer Holz mit der Bitte um Stellungnahme.

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt mit den Beratungsergebnissen am 08.05.2018.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 18.06.2018 vorgesehen.

zu 5.6 Familienjahreskarte für den Zoo
Antragstellerin: Fraktion DIE LINKE
Vorlage: 01372/2018

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag in der Fassung der Ersetzungsmitteilung in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Liegenschaften; in den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zur Vorberatung; in den Ausschuss für Kultur, Gesundheit und Bürgerservice sowie in den Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung.
Der Aufsichtsrat der Zoologischer Garten Schwerin gGmbH wird um Stellungnahme gebeten.

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt mit den Beratungsergebnissen am 08.05.2018.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 18.06.2018 vorgesehen.

zu 5.7 Einrichtung kommunaler Ökokontoflächen für die Landeshauptstadt Schwerin
Antragstellerin: SPD-Fraktion
Vorlage: 01370/2018

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag in den Ausschuss für Umwelt, Gefahrenabwehr und Ordnung sowie in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Liegenschaften zur Vorberatung.

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt mit den Beratungsergebnissen am 08.05.2018.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 18.06.2018 vorgesehen.

zu 6 Fördermittelanträge der Landeshauptstadt Schwerin

Bemerkungen:

Es liegen keine Informationen zu gestellten oder bewilligten Fördermittelanträgen vor.

zu 7 Sonstiges

zu 7.1 Lärmaktionsplanung 2018

Bemerkungen:

Herr Nottebaum informiert zur Lärmaktionsplanung 2018 und erläutert das weitere Verfahren.
Die Präsentation ist zur heutigen Sitzung unter diesem Tagesordnungspunkt eingestellt.

zu 7.2 Einzelprobleme

Bemerkungen:

Herr Nottebaum informiert auf Nachfrage von Herrn Meslien zur Verkehrssituation an der Schleifmühle.

**zu 10.3 Feststellung des Jahresabschlusses 2013 der Landeshauptstadt Schwerin
und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: 01352/2018**

Bemerkungen:

1.)
Der Ausschuss für Rechnungsprüfung hat der Beschlussvorlage am 08.03.2018 einstimmig zugestimmt.

2.)
Der Oberbürgermeister nimmt an der Beratung und Abstimmung zum Beschlusspunkt 2.) nicht teil.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

1. Die Stadtvertretung beschließt die Feststellung des Jahresabschlusses 2013 der Landeshauptstadt Schwerin.
2. Die Stadtvertretung erteilt dem Oberbürgermeister für das Haushaltsjahr 2013 Entlastung.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 23.04.2018 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis
zum Beschlusspunkt 1.):

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Abstimmungsergebnis:
zum Beschlusspunkt 2.):

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Beschlusnummer:

0118/HA/0837/2018

gez. Dr. Rico Badenschier

Vorsitzender

gez. Simone Timper

Protokollführerin